



# #dieschmidt

der newsletter

17.05.2019

**Liebe Genossinnen und Genossen,  
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,**

am 23. Mai 1949 war die Geburtsstunde unserer freiheitlichen, demokratischen und sozialen Demokratie. Am Donnerstag haben wir im Bundestag auf 70 Jahre Grundgesetz zurück geblickt. Mit dem Grundgesetz wurde 1949 eine Verfassung verabschiedet, die geprägt war von den Erfahrungen des Dritten Reiches und den furchtbaren Verbrechen des Nationalsozialismus. Nie wieder sollte eine Diktatur möglich sein. Ziel war es, Demokratie zu schützen und die Freiheit und den Wert des Einzelnen zugleich hervorzuheben. Das Grundgesetz schützt bis heute das Individuum und unsere Demokratie. Das Grundgesetz ist die Grundlage unseres freien Zusammenlebens. Doch das Fundament des Grundgesetzes ist gefährdet. Art 1 (1) „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ wird durch nationalistische und rassistische Kräfte angetastet. Wir bleiben dabei: „Sie zu achten und zu schützen, ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Wir werden immer an der Seite derjenigen stehen, die sich antieuropäischen und rassistischen Bewegungen in den Weg stellen. Das Grundgesetz war und bleibt ein demokratischer Aufbruch nach einer menschenverachtenden Diktatur. Wir sind dankbar, trotz allem, was wir verändern wollen und müssen, in so einem freien Land wie Deutschland leben zu können. Aber gerade wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen vor dem Hintergrund unserer eigenen Geschichte, dass die Demokratie nie selbstverständlich ist. Rituale erhalten sie nicht. **Demokratie braucht Demokratinen und Demokraten, die das Grundgesetz und ein gemeinsames, freies und demokratisches Europa immer verteidigen.**

In der Aktuellen Stunde zur Grundrente hat die SPD-Bundestagsfraktion hervorgehoben: Wer ein Leben lang gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt hat, verdient Respekt und sollte nicht in der Grundsicherung landen. Die Lagerarbeiterin und der Friseur, die 40 Jahre auf Mindestlohniveau gearbeitet haben, erhalten trotz Vollzeit derzeit nur 541 Euro Rente. Das ist nicht genug. Deswegen wollen wir die Grundrente einführen. Es geht um Respekt und Anerkennung von Lebensleistung.

Am Mittwoch habe ich mich als Vorsitzende der deutsch-chinesischen Parlamentariergruppe mit zwei Abgeordneten aus Hongkong getroffen. Die beiden Abgeordneten waren auf Einladung des Goethe-Instituts in Deutschland. Frau Chan war von 1993 bis 2001 stellvertretende Regierungschefin in Hongkong und hat in ihrer Amtszeit die Rückgabe Hongkongs von Großbritannien an die Volksrepublik China im Jahr 1997 miterlebt. Der Austausch verbindet die demokratischen Kräfte Hongkongs und Deutschlands miteinander.

Zum Schluss noch ein Ausblick auf die kommenden Tage: **am Sonntag, 26. Mai, wird das nächste europäische Parlament gewählt.** Bis dahin stehen noch einige Termine an. Morgen findet der Parteitag der SPD Lahn-Dill in Aßlar statt. Am Montag lade ich mit Dr. Rolf Mützenich (stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion) zur Diskussion über „Sicherheitspolitik in einer globalisierten Welt.“ (20.05.2019 | 18:00-19:30 im Hotel Gutshof) ein. Weitere Informationen gibt es hier. Ich freue mich auf eine interessante Veranstaltung. Am Dienstag bin ich beim Festakt der Stadt Wetzlar zu **70 Jahren Grundgesetz**. Am Samstag, den 25. Mai, freue ich mich auf den Besuch unserer Bundesfamilienministerin Dr. Franziska Giffey beim Neujahrsempfang der SPD Wetzlar. Und zwischendurch bin ich im Wahlkampf. Denn es geht am Sonntag um viel: Es geht um ein solidarisches, friedliches Europa. **Es geht um unser Europa.**



Markus Keiner tritt in Aßlar als Bürgermeisterkandidat der SPD an. Er steht für ein neues Miteinander und möchte die Menschen in Aßlar wieder zusammenbringen. Markus Deusing möchte in Mittenaar seine erfolgreiche Politik der letzten Jahre fortsetzen. In Herborn unterstützt die SPD Jörg Kring, der sich für eine offene und transparente Stadt einsetzen will. In allen drei Kommunen stehen starke Persönlichkeiten zur Wahl. Ich bitte alle Menschen am 26.05. wählen zu gehen und uns zu unterstützen.

Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt, MdB

## Mindestlohn für Auszubildende

### Mehr BAföG für Studierende



Die aktuellen BAföG-Höchstsätze liegen bei 649€ für Studierende und bei 504€ für Auszubildende. Durch hohe Mietpreise oder Lebenshaltungskosten reichen diese Beträge für viele nicht aus. Mit der Einführung der Mindestausbildungsvergütung und der Reform des BAföG standen diese Woche zwei wichtige sozialdemokratische Anliegen auf der politischen Agenda: Die Mindestausbildungsvergütung wurde am Mittwoch im Kabinett verabschiedet. Die BAföG-Reform wurde gestern im Bundestag verabschiedet. Unser System der Berufsausbildung ist ein Garant für den Wohlstand unserer Gesellschaft. Es qualifiziert Beschäftigte seit Jahrzehnten verlässlich und auf höchstem Niveau und bietet die Grundlage für den beruflichen Aufstieg und für ein gutes Einkommen. Deshalb wollen wir die berufliche und universitäre Bildung stärken und mehr Chancengleichheit im Bildungssystem schaffen. Die SPD hat das BAföG eingeführt und immer wieder dafür gesorgt, dass die Leistungen angepasst werden, damit möglichst viele bedürftige Studierende unterstützt werden können.

## Ausländerbeschäftigungsgesetz

### Mehr Chancen auf eigenes Einkommen



Wir nehmen Integration ernst und setzen vor allem auf das Engagement der Zugezogenen. Denn: Arbeit bedeutet Teilhabe und Möglichkeit, selbstbestimmt für den eigenen Lebensunterhalt zu sorgen. Die Voraussetzung dafür sind eine gute Ausbildung und gute Deutschkenntnisse. Zugezogene verdienen eine Chance in ihrem neuen Heimatland. Wir stellen Unterstützung für alle sicher, die sich integrieren wollen. Als Mitte des letzten Jahrhunderts viele Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter zu uns gekommen sind, fehlten Angebote, die Sprache und Wissen über Deutschland vermittelten. Diese Fehler wollen wir nicht nochmal machen. Integration funktioniert nur, wenn beide Seiten sich anstrengen. Mit dem Ausländerbeschäftigungsgesetz, das diese Woche in den Bundestag eingebracht wurde, werden die Möglichkeiten der beruflichen und gesellschaftlichen Integration für Ausländerinnen und Ausländer verbessert. Der Zugang zu Spracherwerb, zu Ausbildungsmöglichkeiten und zu Beschäftigung soll deutlich verbessert werden. [...weiterlesen](#)

## Inklusives Wahlrecht

### Volles Wahlrecht für Alle



Gut, dass wir es endlich geschafft haben, in Deutschland ein **inklusives Wahlrecht** einzuführen. Gestern Abend haben wir den rund 85.000 Menschen, die bisher vom Wahlrecht ausgeschlossen waren, endlich eine demokratische Stimme und ihr demokratisches Mitbestimmungsrecht gegeben. Bisher wurden zum Beispiel Menschen, die eine Betreuung in allen Angelegenheiten zur Seite gestellt bekommen haben, von Wahlen ausgeschlossen. Sie sind aber geschäftsfähig und arbeiten zum Beispiel in Behindertenwerkstätten. Dass sie ihre demokratische Vertretung nicht wählen durften war ein untragbarer Zustand. Das Gesetz wird ab dem 01. Juli gelten. Wer bis zum 05. Mai einen Antrag an die Gemeinde gestellt hatte, darf bereits bei den kommenden Europawahlen mitwählen – das hatte das Bundesverfassungsgericht in einem Urteil im April festgehalten.

## Der Wahlkreis in Berlin

### Biebertaler Familienzentrum beim Deutschen Kita-Preis



Der Montag nach dem Muttertag ist Tag der Kinderbetreuung. Er ist da, um den Menschen, die sich täglich um unsere Kinder kümmern – sie trösten, sie betreuen, mit ihnen spielen – zu danken. Passenderweise wurde am Montagabend in Berlin der Deutsche Kita-Preis verliehen. Ich habe mich besonders gefreut Vertreterinnen und Vertreter des **Förderbündnisses Familienzentrum Königsberg aus Biebertal** zu treffen – das Förderbündnis war unter den zehn Finalisten. Herzlichen Glückwunsch dazu auch noch einmal an dieser Stelle!

## ARBEIT. SOLIDARITÄT. MENSCHLICHKEIT

*Mit unserem Sozialstaatskonzept wollen wir die Weichen für eine gerechte Gesellschaft von morgen stellen. Unsere Grundsätze lauten dabei Solidarität, Zusammenhalt und Menschlichkeit. In den kommenden Wochen werde ich hier einzelne Aspekte des Konzeptes näher beleuchten.*



## HEUTE IM FOKUS: unser Konzept des Bürgergeldes

Wir wollen einen Sozialstaat, der unterstützend zur Seite steht. Wer am Ende der Bezugszeit von ALG I steht, muss sich auf die Arbeitsplatzsuche konzentrieren und sich nicht Sorgen um das eigene Zuhause machen. Vorübergehende Unterstützung vom Staat darf sich nicht auf den Wohnort auswirken oder die Menschen zwingen, ihr Gespartes aufzubrauchen. Deswegen wollen wir, dass bei denjenigen, die aus dem Bezug von ALG I kommen, für zwei Jahre Vermögen und Wohnungsgröße nicht überprüft werden. Wir wollen auch den Schutz von selbst genutztem Wohneigentum ausweiten und eine entsprechende Regelung für Mieter schaffen. Niemand, der auf Unterstützung angewiesen ist, soll in dieser Zeit seine Wohnung verlassen müssen. So stellen wir uns den Sozialstaat der Zukunft vor.